

Grüne im Eifelkreis geben sich selbstbewusst und entschlossen

Flugplatz Bitburg, Energiewende, Kommunalreform und die Zukunft der Gemeinden: 50 Gäste beim Neujahrsempfang in Speicher

Stolz auf das im vergangenen Jahr Erreichte, aber die Herausforderungen der Zukunft fest im Blick: So präsentierten sich die Grünen bei ihrem Neujahrsempfang am Sonntag in Speicher. Vor 50 Zuhörern sprach Gastredner Daniel Köbler, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Mainzer Landtag, über die Zukunft der Kommunen.

da eine Startbahn und viel Beton ist, sehen wir keine Notwendigkeit, dieses Projekt weiterzubreiben.“

Einsetzen wollen sich die Grünen dagegen dafür, dass an künftigen neuen Windrad-Standorten „nicht nur die Gemeinden, die die entsprechenden Hügel haben, profitieren“, und dass diese sich beim Betrieb der Windräder Mitspracherechte sichern. Sich einmischen wollen sich nach dem guten Ergebnis bei der Landtagswahl 2011 auch die Grünen selbst.

Speicher. Es ist muckelig warm am Sonntagvormittag in der Speicherer Gaststätte Unter den Kastanien. Ein Kamin heizt den Saal ordentlich auf. „Ist das schon die Energiewende?“, witzelt einer der 50 Gäste beim Neujahrsempfang des Grünen-Kreisverbands im Eifelkreis. Die Grünen hätten vermutlich nichts dagegen: Als eines der wichtigsten Themen nennt Kreisgeschäftsführer Helmut Fink das „Umsteigen auf regenerative Energien“ – neben der Kommunalreform und dem Flugplatz Bitburg. Letzterem erteilt Fink eine klare Absage: „Nur weil

auch Daniel Köbler, der über die Zukunft der Kommunen“ spricht. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag plädiert dafür, die Bürger früher in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen und dafür verbindliche Beteiligungsformen bei der Planung von Projekten zu schaffen.

„Wir wollen Verantwortung wahrnehmen für die Bürger.“

Ministerin Ulrike Höfken

Auch beim Thema Kommunalreform sollten die Bürger stärker beteiligt werden. Sein Fazit: „Die Zukunft der Kommunen können wir dann gestalten, wenn wir nachhaltig gestalten und wir das gemeinsam mit den Bürgern angehen.“



Sie wollen die Bürger stärker in Beteiligungsprozesse miteinbeziehen: Helmut Fink, Ulrike Höfken und Daniel Köbler (von links).